

Waldschäden und Corona-Krise: DeSH schlägt Maßnahmen zur Bewältigung vor

Die deutsche Forst- und Holzwirtschaft befand sich bereits vor der Corona-Virus-Pandemie im Ausnahmezustand: Stürme, Trockenheit und Borkenkäfer fordern die Branche seit über zwei Jahren. Nun herrscht eine bedrohliche Mehrfachbelastung. Der Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e.V. (DeSH) wendet sich mit Vorschlägen zur Krisenbewältigung an die Politik.

„Momentan wird viel über zentrale Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft debattiert. Das Cluster Forst und Holz darf in dieser Diskussion nicht fehlen: Holzverpackungen sind die Grundlage für den Transport aller Waren und Güter - von Lebensmitteln über Medikamente und Medizintechnik bis hin zu Maschinen und Anlagen“, sagt DeSH-Hauptgeschäftsführer Lars Schmidt. Darüber hinaus sichere Holz die Strom- und Wärmeversorgung in zahlreichen Kommunen und sei als klimafreundlicher Baustoff unverzichtbar.

Käferbefall könnte sich zuspitzen

Die ökonomischen Auswirkungen der Corona-Krise treffen die Forst- und Holzwirtschaft in einer ohnehin sehr belastenden Situation. Zwischen 2018 und 2020 wurden durch Stürme, Dürre, Brände und Käferbefall deutschlandweit rund 160 Millionen Kubikmeter Schadholz auf einer Fläche von 245.000 Hektar verursacht, so die jüngsten Zahlen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Die Prognosen zeigen für 2020 kaum Entspannung. Im Gegenteil: Aufgrund des milden Winters und der Vorschädigung gehen Experten davon aus, dass sich die Käfersituation im Frühjahr zuspitzen wird.

Corona-Krise gefährdet Aufarbeitung

„Wir sollten uns auf die Ausweitung der Schäden einstellen“, erklärt der studierte Forstwirt Schmidt. Ohne zeitnahe Abfuhr aus dem Wald und eine schnelle Weiterverarbeitung wird das Holz für viele gesellschaftliche Anwendungsgebiete unbrauchbar. Für die Betriebe bedeutet das erhöhten logistischen Aufwand und aufwändige Kontrollen des Holzes. Doch bereits in den zurückliegenden Jahren arbeiteten Waldeigentümer, Forstleute, Spediteure und Sägewerke mitunter an ihren personellen, finanziellen und logistischen Grenzen. Die Corona-Krise verschärft die Situation drastisch. Einer DeSH-Umfrage zufolge sind bereits 70 Prozent der Sägeunternehmen negativ von dessen Auswirkungen betroffen.

Transport- und Lagerkapazitäten erhöhen

Angesichts der parallelen Belastung durch Pandemie und fortschreitende Waldschäden appelliert der DeSH an die Politik, Schritte zur kurzfristigen Krisenbewältigung sowie einer langfristigen Konjunkturbelebung zu ergreifen. Um

trotz der zu erwartenden Personal- und Transportengpässe handlungsfähig zu bleiben, schlägt der DeSH in einem Positionspapier folgende Maßnahmen vor.

Zum Erhalt der notwendigen Transportkapazitäten im Sektor Forst und Holz wären die Erhöhung des Gesamtgewichts für Holztransporter auf temporär 46 Tonnen, die finanzielle Entlastung von Holzspediteuren durch Aussetzung der Mautpflicht sowie Flexibilisierungen des Kabotageverbots sowie der Lenk- und Ruhezeiten zentrale Instrumente, die die Politik kurzfristig ergreifen könnte.

Die brancheninterne Umfrage des DeSH zeigt deutlich, dass zahlreiche Betriebe während der Corona-Krise planen teilweise in Kurzarbeit zu gehen. Um angesichts dieser Einschränkung der Weiterverarbeitungskapazitäten die Verwendbarkeit von Holz über einen längeren Zeitraum zu ermöglichen, ist die Ausweitung von Lagermöglichkeiten unerlässlich.

Der DeSH schlägt dazu schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren für Nass- und Trockenlagerplätze, Vereinfachungen bei der Erweiterung bestehender Rundholzplätze durch Flexibilisierung kommunaler Flächennutzungspläne sowie die Auflegung eines KfW-Sonderprogramms "Holzlagerung" vor.

Holzverwendung braucht langfristige Förderung

Neben diesen Ad-hoc-Handlungen müssen nach Ansicht des DeSH langfristige politische Maßnahmen den herausragenden Beitrag von Holz im Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft sichern. Hierzu gehören die Förderung des Baustoffs bei öffentlichen Ausschreibungen, die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für Holzbauprojekte, Anschlussregelungen für Holzheizkraftwerke im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), die Ausweitung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf alle Holzprodukte sowie ein zinsfreies KfW-Sonderprogramm "Holzverwendung" zur Förderung von Investitionen in Produkte und Anwendungen.

„Bund und Länder beweisen mit den Milliardenhilfen angesichts der Krise große Flexibilität. Die ist aber nicht nur auf finanzieller Ebene erforderlich, sondern auch in der Praxis bei den Betrieben und im Wald. Wir hoffen daher, dass die Politik den Ernst einer drohenden Überlastung im Cluster Forst und Holz erkennt und auch dort schnell und flexibel handelt“, so Schmidt abschließend.

[Die Vorschläge zur Bewältigung fortschreitender Waldschäden und Auswirkungen der Corona-Krise in der Säge- und Holzindustrie finden Sie hier.](#)

Pressekontakt

Deutsche Säge- und Holzindustrie
Julia Möbus
Dorotheenstraße 54
10117 Berlin
Tel.: +49 30 2061 399-00
Fax: +49 30 2061 399-89
E-Mail: presse@saegeindustrie.de
Internet: www.saegeindustrie.de

Über die Deutsche Säge- und Holzindustrie

Der *Deutsche Säge- und Holzindustrie – Bundesverband e.V. (DeSH)* vertritt die Interessen der deutschen Säge- und Holzindustrie auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Dabei steht der Verband seinen Mitgliedern, darunter mehr als 600 Unternehmen aus ganz Deutschland, in wirtschafts- und branchenpolitischen Angelegenheiten zur Seite und unterstützt die kontinuierliche Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Verwendung des Rohstoffes Holz. Der Verband tritt in Dialog mit Vertretern aus Medien, Wirtschaft, Politik und Forschung. Bei der Umsetzung ihrer Ziele steht der *Deutsche Säge- und Holzindustrie* für eine umweltverträgliche und wertschöpfende Nutzung des Werkstoffs und Bioenergieträgers Holz.

